

„Es gibt heute mehr lebende Sklaven als all die Menschen, die in Zeiten des transatlantischen Sklavenhandels aus Afrika gestohlen wurden.“  
(Kevin Bales, 1999: Disposable People)

Sehr geehrte\_r Abgeordnete\_r,

Sie kandidieren in diesem Jahr für den Sächsischen Landtag. Als Wähler\_in wende ich mich mit einem Anliegen an Sie, das mir sehr am Herzen liegt:

Im Bereich der öffentlichen Beschaffung wird bisher in keiner Weise auf die Wahrung von Menschenrechten sowie die Einhaltung ökologischer Standards entlang der Herstellungs- und Lieferketten geachtet. Sie gelten seit dem im Januar 2013 in Kraft getretenen Vergabegesetz sogar als sachfremd und nicht vereinbar mit wirtschaftlichen Kriterien.

Daraus ergibt sich, dass z.B.

- Uniformen und Berufsbekleidung für öffentlich Bedienstete im Freistaat Sachsen unter Menschenrechtsverletzungen und für Hungerlöhne u. a. in der Republik Mazedonien hergestellt werden,
- Pflastersteine auf sächsischen Straßen und Plätzen aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen oder
- technische Geräte (IT und Mobiltelefone) für die öffentliche Verwaltung Rohstoffe beinhalten, die konfliktreicher und umweltbelastender als notwendig abgebaut werden.

Der Freistaat Sachsen macht sich also zum Komplizen fragwürdiger wirtschaftlicher Praktiken.

Können Sie das mit Ihrem (christlichen) Gewissen verantworten?

Ich als Steuerzahler\_in kann es nicht!

Recherchen der Südwind Agentur oder der Kampagne [www.saubere-kleidung.de](http://www.saubere-kleidung.de) belegten jüngst Verstöße gegen die Normen der Internationalen Arbeitsrechtsorganisation (ILO) im Bereich der Arbeits- und Berufsbekleidung in der Republik Mazedonien. Die Initiative [www.sachsen-kauf-fair.de](http://www.sachsen-kauf-fair.de) stellte heraus, dass auch sächsische Uniformträger\_innen Kleidung aus menschenunwürdigen Produktionsbedingungen tragen.

Als Konsument\_in entscheide ich mit meinem Einkauf, wie wichtig mir die Einhaltung elementarer Menschen- und Arbeitsrechte in der Herstellung von mir genutzter Güter ist.

Auf staatlicher Ebene bestimmt der gesetzliche Rahmen diese Kaufentscheidung. Im Bereich der öffentlichen Vergabe brauchen Kommunen und staatlich geförderte Betriebe (Gesundheitswesen, Bildung, Feuerwehr, Polizei etc.) deshalb eine Rechtsgrundlage, die die Wahrnehmung von Verantwortung ermöglicht. Andere Bundesländer wie Bremen, Schleswig-Holstein oder Mecklenburg-Vorpommern gehen hier mit gutem Beispiel voran – im Gegensatz zu Bayern.

Ich fordere Sie auf, sich für die Änderung des sächsischen Vergabegesetzes einzusetzen, damit in Zukunft die Normen der ILO und Umweltstandards bei der öffentlichen Vergabe umgesetzt werden können!

Insbesondere sollten Produzent\_innen entlang der Herstellungs- und Lieferketten einen existenzsichernden Mindestlohn erhalten, wie es derzeit auch die Kampagne [www.lohnzumleben.de](http://www.lohnzumleben.de) fordert.

Weitere Prinzipien wie Vereinigungsfreiheit, Beseitigung von Zwangsarbeit, Abschaffung der

Kinderarbeit und das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf sind Grundsätze eines menschenwürdigen Lebens. Sie gehören zu den Kernarbeitsnormen der ILO, zu denen sich auch Deutschland ausdrücklich bekannt hat. Wie kann Sachsen diese dann in seinem Handeln ausschließen?

Für ein zukunftsfähiges Sachsen bevorzuge ich Politiker\_innen, deren Rechtsempfinden für den grundgesetzlichen Auftrag, die Menschenwürde zu achten und zu schützen, nicht an der Landesgrenze endet.

Dies wird auch meine Entscheidung bei der Landtagswahl 2014 wesentlich beeinflussen.

Mit freundlichen Grüßen